



Provokation

Hiesige Medien empörten sich über das russisch-belorussische Manöver »Sapad«. Über die fast zeitgleich stattfindende NATO-Übung »Northern Coasts« verloren sie kein Wort. 5.000 Soldaten trainierten dort »hochintensive Kriegführung«.
 Von Peer Heinelt **SEITE 3**

GEGRÜNDET 1947 · MONTAG, 25. SEPTEMBER 2017 · NR. 223 · 1,60 EURO (DE), 1,80 EURO (AT), 2,30 CHF (CH) · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT

WWW.JUNGEWELT.DE

Rechtswidrig

Hamburg: Erstes Urteil gegen Polizei wegen G-20-Gipfel. Solidarität mit inhaftierten Demonstranten **4**

Hintergrundmacht

Nordirak: Abstimmung über unabhängiges Kurdistan soll stattfinden. Russland gibt Rückendeckung **7**

Blasenbildung

Polen: Die Warschauer Börse boomt. Ursachen sind Herdentrieb und Glaube an die PiS-Regierung **9**

Universalismus

Oktoberrevolution, nationale Frage und Geschichte des Antimperialismus. Von Daniel Bratanovic **12**



Bereit für den Krieg: Von den USA auf der Pazifikinsel Guam stationierter »B-1B Lancer«-Bomber (14.7.2017)

Drohung gegen Pjöngjang

US-Präsident greift nordkoreanische Staatsspitze verbal an. Washington lässt Kriegsflugzeuge an Küste der Volksrepublik entlangfliegen. **Von Knut Mellenthin**

Donald Trump steigert sich weiter in verbale Aggressionen gegen Nordkorea. In der Nacht zum Sonntag (Ortszeit) schrieb der US-Präsident auf dem Internetkurznachrichtendienst Twitter über das Staatsoberhaupt der Demokratischen Volksrepublik, Kim Jong Un, und Außenminister Ri Yong Ho: »Sie werden nicht mehr viel länger existieren.« Am Dienstag hatte der US-Präsident in seiner ersten Rede vor der UN-Vollversammlung damit gedroht, die DVRK »total zu zerstören«. Wer das für »typisch Trump« hält, irrt sich. Im Wahlkampf 2008 hatte Präsidentschaftskandidatin Hillary Clinton – damals als Konkurrentin von Barack Obama – am 22. April mit der Fähigkeit der USA geprahlt, den Iran »total auszulöschen«.

Zuvor hatte die US-Luftwaffe am Sonnabend »Stärke« demonstriert: Langstreckenbomber des Typs »B-1B

Lancer« waren, begleitet von »F-15C Eagle«-Jagdflugzeugen, im internationalen Luftraum entlang der Ostküste der DVRK geflogen. Die Bomber waren vom pazifischen Luftwaffenstützpunkt Guam, die Jäger von der japanischen Insel Okinawa Honto gestartet.

In diesem Jahrhundert waren bisher keine US-Kriegsflugzeuge so weit nach Norden vorgedrungen, wie Pentagon-Sprecherin Dana White mitteilte. Die Operation sei eine »Demonstration der Entschlossenheit der USA und eine klare Botschaft, dass der Präsident über viele militärische Optionen verfügt, um über jede drohende Gefahr zu siegen«. »Wir sind darauf vorbereitet, die volle Spannweite unseres militärischen Potentials einzusetzen, um das Territorium der USA und unsere Verbündeten zu verteidigen.«

Das scheint grundsätzlich auch Atomwaffen einzuschließen. Dafür

ist die »B-1B« allerdings durch technische Veränderungen nicht mehr geeignet, die aufgrund des »START«-Abkommens mit Russland vorgenommen worden waren.

Bereits am Donnerstag hatte der US-Präsident eine Anordnung unterzeichnet, die das Finanzministerium dazu ermächtigt, neue Sanktionen gegen die DVRK zu verhängen. Im Mittelpunkt stehen Strafmaßnahmen gegen Geschäftspartner Nordkoreas, aber auch gegen Finanzinstitute, die an Transaktionen nur indirekt beteiligt sind. Trump drückte das am Donnerstag so aus: »Ausländische Banken werden vor einer klaren Entscheidung stehen – ob sie Geschäfte mit den USA machen wollen. Oder ob sie den Handel mit dem gesetzlosen Regime in Nordkorea ermöglichen wollen.«

Die US-Administration baut damit die Sanktionen aus, die am 11. Sep-

tember mit den Stimmen Chinas und Russlands vom UN-Sicherheitsrat beschlossen worden waren. Sie enthalten unter anderem eine Beschränkung der Benzinlieferungen an die DVRK, ein Einfrieren der Öllieferungen auf dem derzeitigen Niveau, ein Verbot des Handels mit nordkoreanischen Textilwaren und ein Ende der Beschäftigung nordkoreanischer Arbeiterinnen und Arbeiter im Ausland.

Gemäß dieser UN-Resolution hatte die chinesische Regierung am vorigen Montag die Banken des Landes angewiesen, alle finanziellen Dienstleistungen für nordkoreanische Kunden einzustellen. Trump sprach China für diese Entscheidung sein Lob aus. Trotzdem ist abzusehen, dass sich die von ihm am Donnerstag angeordneten US-Sanktionen hauptsächlich gegen chinesische Unternehmen richten werden.

Türkei fliegt Luftangriffe auf PKK im Nordirak

Istanbul. Die türkische Luftwaffe hat Angriffe auf Stellungen der verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) im Nordirak geflogen. Auch Positionen in der osttürkischen Provinz Van seien bombardiert worden, meldete die staatliche Nachrichtenagentur Anadolu am Samstag unter Berufung auf die Streitkräfte. Zwei PKK-Anhänger seien »außer Gefecht gesetzt« worden, hieß es. Außerdem habe die Armee Munitionslager zerstört. Die türkische Luftwaffe fliegt immer wieder Angriffe auf die PKK, deren Hauptquartier in den nordirakischen Kandilbergen liegt. Ein Mandat, das türkische Militäreinsätze im Irak und in Syrien erlaubt, will die religiös-nationalistische AKP-Regierung verlängern. Sie hat dazu am Samstag eine Sondersitzung des Parlamentes einberufen. (dpa/jw)

■ Siehe auch Seite 7

US-Panzer rollen wieder nach Osteuropa



Bremerhaven. Im Zuge der US-Operation »Atlantic Resolve« sollte am Sonntag in Bremerhaven der US-Frachter »Resolve« mit militärischem Gerät am Bord eintreffen. Das Schiff sollte am Nachmittag im Kaiserhafen einlaufen, wie ein Sprecher des Landeskommandos Bremen der Bundeswehr sagte. Die Bundeswehr unterstützt die US-Operation logistisch.

An Bord sind 760 Container mit militärischem Material, Fahrzeuge sowie Panzer. Ein Teil der Ladung wird per Zug auf direktem Weg nach Polen transportiert, wo sich das Hauptquartier der US-Truppen befindet. Ein anderer Teil wird von zivilen Speditionen zum Truppenübungsplatz Bergen in der Lüneburger Heide gefahren, wo das Gerät auf Züge verladen und nach Polen transportiert werden soll. In den kommenden Wochen sollen im Rahmen der aktuellen Operation die im Januar nach Osteuropa verlegten US-Truppen ausgetauscht werden. (dpa/jw)

Bis zu 350 Millionen Euro für Air Berlin

Lufthansa soll maßgebliche Teile des Konzerns erhalten. Beschäftigte werden ab Montag informiert

Der Verkauf der insolventen Air Berlin soll einem Zeitungsbericht zufolge 250 bis 350 Millionen Euro einbringen. Davon gehe der Gläubigerausschuss aus, berichtete die B.Z. unter Berufung auf Unternehmenskreise. Mit dem Geld solle der 150-Millionen-Euro-Kredit der Bundesregierung zurückgezahlt werden, mit dem Air Berlin den Flugbetrieb derzeit aufrecht erhält.

Dem Bericht zufolge soll die Lufthansa die Frachtochter von Air Berlin, LG Walter, bekommen. Die 28 Maschinen, die Lufthansa für seine Tochter

Eurowings bereits von Air Berlin geleast hat, sowie bis zu 40 weitere Flugzeuge, die Lufthansa kaufen will, sollen in die LG Walter überführt werden.

Lufthansa biete 200 Millionen Euro, berichtete die Bild am Sonntag. Deutschlands größte Fluggesellschaft sei darüber hinaus bereit, in der Übergangszeit Betriebskosten in Höhe von bis zu 100 Millionen Euro zu übernehmen. Zwischen der Unterzeichnung des Kaufvertrags und dem Vollzug könnten etwa drei Monate vergehen, da die Zustimmung der deutschen und europäischen Wettbewerbs-

behörden abgewartet werden müsse.

Der britische Billigflieger Easyjet soll laut dem B.Z.-Bericht die Air-Berlin-Tochter Aeronautics erhalten. Die Tochter Air Berlin Technik mit rund 850 Beschäftigten soll laut B.Z. wahrscheinlich an den Berliner Logistikdienstleister Zeitfracht gehen. Der solle sich dann für Lufthansa und Easyjet um deren Flugzeuge in Berlin und möglicherweise in Düsseldorf kümmern. Die Bieterfrist für Air Berlin Technik war bis zum 6. Oktober verlängert worden. Am heutigen Montag tagt der Aufsichtsrat der insolventen Fluggesellschaft. Im

Anschluss will die Airline über den Stand des Verkaufs informieren.

Insgesamt umfasst die Flotte von Air Berlin 144 Flugzeuge, darunter 17 Langstreckenflieger. Das Unternehmen beschäftigt mehr als 8.500 Menschen. Laut B.Z. sollen heute die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Berlin und am Dienstag die in Düsseldorf auf Betriebsversammlungen informiert werden. Duster sieht es für den Bereich der Langstreckenflüge aus. Lufthansa hat keinen Bedarf dafür, wie Unternehmenschef Carsten Spohr bereits mitgeteilt hatte. (AFP/jw)

jw wird herausgegeben von 2.071 Genossinnen und Genossen (Stand 15.8.2017)
 www.jungewelt.de/lpg

